

Politischer Jahresbericht

Mittlerer Osten 2007/2008



Beirut

Regionalbüro Mittlerer Osten, Länderbüros Libanon, Irak, Syrien

Juli 2007 – Juni 2008

Von Layla Al-Zubaidi und Heiko Wimmen,
Juni 2008

Inhalt

Zusammenfassung	3
Regionalbericht Mittlerer Osten	4
Länderbericht Libanon	13
Länderbericht Irak	17
Regionalbericht Syrien	24
Ausblick	27

Zusammenfassung

Im vergangenen Jahr hat sich eine Neuorientierung der US-amerikanischen Politik fortgesetzt, die mit der Veröffentlichung des Reports der Iraq Study Group im Dezember 2006 begann. Im Gegensatz zu den Empfehlungen dieses Reports wurde jedoch nicht auf eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten des Irak gesetzt, sondern stattdessen besonders der Iran und dessen Verbündeter Syrien als Opponenten begriffen. Strategische Allianzen mit „gemäßigten“ arabischen Staaten gegen diese „syrisch-iranische Achse“ verstärkten vorhandene Polarisierungen und schwächten die Aussichten regionaler Konfliktlösungsansätze. In der Region wurde die Konfrontation entlang dieser Achse auf den zentralen Konfliktschauplätzen (Palästina, Libanon, Irak) ausgetragen und führte in allen drei Ländern zu Instabilität.

In den Bereichen Zivilgesellschaft, Medien und Wahlen haben sich in den vergangenen Jahren teilweise politische Räume geöffnet. Umfassende Demokratisierungsbemühungen stocken jedoch bis heute. Den politisch autoritären Regierungen in der arabischen Welt ist es gelungen, den Reformdruck von außen sowie die Demokratisierungsbemühungen von Seiten arabischer Reformer weitgehend abzuwehren und sich den Herausforderungen der Globalisierung und des wirtschaftlichen und sozio-politischen Wandels anzupassen. Eine rasche Demokratisierung der Region erscheint daher weiterhin unrealistisch. Dennoch gilt es, sich von der These der „exzeptionellen Demokratieresistenz“ der arabischen Welt zu verabschieden: Mit neuen, flexiblen Formen des politischen Autoritarismus fügt sich die Region in bereits existierende globale Trends ein.

Westliche Befürworter von Reformprozessen im Mittleren Osten haben sich in der jüngsten Vergangenheit mit verstärktem Interesse politischen Akteuren mit islam(ist)ischer Prägung zugewandt, in der Hoffnung, „moderate“ und reformorientierte Kräfte innerhalb dieser Bewegungen für einen Dialog zu gewinnen. Der Zeitraum 2007/2008 verdeutlichte jedoch die Grenzen eines solchen Konzepts: In Ländern wie Ägypten und Jordanien, wo solche Gruppen zuvor begrenzt zur Teilnahme am politischen Prozess zugelassen wurden und wo sie politische Erfolge erringen konnten, drängten die politischen Eliten ihre islamistischen Herausforderer erneut in den Untergrund. In Palästina führte die Nichtanerkennung der demokratisch gewählten Hamas-Regierung zum offen und gewaltsam ausgetragenen Machtkampf. Gleichzeitig hat der politische Gegenpol zu „moderaten“ Islamisten, einen Dialog ablehnende Gruppierungen des al-Qaida-Typs, an regionaler Verbreitung und Vielfalt gewonnen.

Die Themen im Einzelnen

Regionalbericht Mittlerer Osten

Im Kreuzfeuer eines neuen kalten Krieges?

Im ersten Halbjahr 2007 hat sich die Neuorientierung der US-amerikanischen Politik fortgesetzt, die mit der Veröffentlichung des Reports der Iraq Study Group¹ im Dezember 2006 begann. Im Gegensatz zu den Empfehlungen dieses Reports wurde jedoch nicht Kooperation mit den Nachbarstaaten des Irak gesucht, sondern statt dessen besonders der Iran und dessen Verbündeter Syrien als Gegenspieler und Extremisten begriffen und der Aufbau strategischer Allianzen mit „gemäßigten“ arabischen Staaten gegen diese „syrisch-iranische Achse“ betrieben.² In der Region wurde diese Konfrontation in Palästina (Fatah gegen die syrisch/iranisch unterstützte Hamas), Libanon (prowestliche Regierung gegen die syrisch/iranisch unterstützte Hisbollah) und im Irak (iranischer Einfluss auf und Unterstützung für eine Vielzahl schiitischer Organisationen, unklare syrische Rolle beim Zustrom von sunnitischen „Widerstandskämpfern“) ausgetragen und führte an allen drei Orten zu anhaltender Instabilität und zeitweilig gewalttätig ausgetragenen Konflikten.

Das iranische Atomprogramm bleibt weiterhin scharf umstritten und gibt immer wieder neuen Anlass zu Spekulationen über einen möglichen amerikanischen oder israelischen Militärschlag gegen Teheran³ und

Szenarien möglicher iranischer Vergeltung. Besonders bedenklich erscheint, dass angesichts des erwarteten iranischen Nuklearpotenzials nun auch arabische Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien öffentlich über eigene Nuklearprogramme nachdenken und insgesamt in der Region Militärpotentiale ausgebaut werden.

In der Bilanz stehen dieser Destabilisierung keine nennenswerten Erfolge bei dem Bestreben gegenüber, Iran zum Einlenken zu zwingen und die lokalen Krisenschauplätze zu befrieden. Teheran setzt sein nukleares Anreicherungsprogramm weiter fort⁴ und kooperiert nur partiell und ungenügend mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA. Auf den genannten Kriegsschauplätzen konnte nur im Irak die Sicherheitslage verbessert werden, ohne damit den Einfluss des Iran zu verringern oder die Aussichten auf den Aufbau eines langfristig selbst tragenden irakischen Staatsverbandes wesentlich zu verbessern. Möglicherweise ist sogar eher das Gegenteil der Fall.⁵ In Palästina konnte die Hamas ihr Potential zu Raketenangriffen auf Israel ausbauen und ist weiterhin in der Lage, den ohnehin schwer angeschlagenen Friedensprozess zu torpedieren. Im Libanon inszenierten die Hisbollah und ihre Verbündeten im Mai einen „Staatsstreich light“ gegen die massiv von den USA und westlichen Verbündeten gestützte Regie-

1 Siehe <http://www.usip.org/isg/>.

2 David Ignatius, „Rice’s Strategic Reset“, The Washington Post, 26/01/2007, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/01/25/AR2007012501555.html>.

3 Joschka Fischer, „As things look, Israel may well attack Iran soon“, The Daily Star, 30/05/2008,

http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=92572.

4 Daniel Dombey, „Iran on track for nuclear milestone“, Financial Times, 27/05/08, <http://www.ft.com/cms/s/0/741dfa42-2da7-11dd-b92a-000077b07658.html>; Kaveh L Afrasiabi, „A giant backward step on Iran“, Asia Times Online, 30/05/08,

http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/JE30Ak01.html.

5 Siehe Steven Simon, „The Price of the Surge“, Foreign Affairs, Mai/Juni 2008,

<http://www.foreignaffairs.org/20080501faessay87305/steven-simon/the-price-of-the-surge.html>.

rung Seniora. Sie vermochten diesen in eindeutige politische Erfolge umzumünzen, und eine Entwaffnung der Organisation scheint für absehbare Zeit vom Tisch. Die New York Times bescheinigt dem Weißen Haus in einem Kommentar keine gute Bilanz für die Nahostpolitik. „Team America is losing on just about every front. How come? The short answer is that Iran is smart and ruthless, America is dumb and weak, and the Sunni Arab world is feckless and divided.“⁶

Der amerikanisch-palästinensische Kolumnist und Direktor des Issam Fares Institute for Public Policy and International Relations an der Amerikanischen Universität von Beirut, Rami Khouri, hebt dagegen hervor, dass mit der arabisch vermittelten Beilegung des libanesischen Konfliktes und den durch die Türkei vermittelten syrisch-israelischen Friedensverhandlungen erstmals seit langer Zeit lokale und regionale Akteure wieder konstruktiv die Initiative ergreifen: „We are witnessing the clear limits of the projection of American global power, combined with the assertion and coexistence of multiple regional powers (Turkey, Israel, Iran, Hezbollah, Syria, Hamas, Saudi Arabia, etc.). These local powers tend to fight and negotiate at the same time, and ultimately prefer to make reasonable compromises rather than perpetually to wage absolutist battles.“⁷

Als erheblicher Faktor erscheint, dass es den USA trotz einer deutlichen Abkehr von der unilateralen Ausrichtung der Irakkriegs-Ära nicht gelungen ist, eine einheitliche politische Front gegen Iran aufzubauen und ihre Partner von der Notwendigkeit eines

kompromisslosen Vorgehens gegen das dortige Regime zu überzeugen. Die vorgebliche „Arbeitsteilung“ zwischen europäischer Diplomatie und amerikanischen Drohungen, zur Beendigung des iranischen Nuklearprogramms „alle Optionen“ (also auch militärische Gewalt) in Betracht ziehen zu wollen, kann tiefer gehende Differenzen nicht überdecken. Amerikanische Quellen beklagen wirtschaftliche Kooperation zwischen Europa und Iran,⁸ Finanzfachleute berichten von amerikanischem Druck auf europäische Finanzinstitutionen mit dem Ziel, den iranischen Außenhandel zu behindern und so diejenigen Sanktionen, die auf politischer Ebene nicht durchsetzbar sind, in der Praxis zu etablieren.⁹ Während die „militärische Option“ schon allein aus der ökonomischen Perspektive verheerend erscheint, bedeuten solche Szenarien für die in unmittelbarer geographischer Nähe gelegenen amerikanischen Verbündeten am Golf eine existentielle Bedrohung und treffen dort auf wenig Gegenliebe. Ethan Chorin, Senior Fellow am Center for Strategic and International Studies in Washington, argumentiert, dass die den amerikanischen Wahlkampf begleitenden Drohungen den Iran zu bombardieren und sein Nuklearprogramm zu zerstören, die arabischen Staaten stärker besorgt als die Aussicht eines nuklear bewaffneten Iran: „The US seeks to defend the Arabs from Iran, but they are

6 Thomas Friedman, „The New Cold War“, The New York Times, 14/05/08, http://www.nytimes.com/2008/05/14/opinion/14friedman.html?_r=2&oref=slogin&oref=slogin.

7 Rami Khouri, „New Rules for the Middle East“, Middle East Online, 26/05/08,

<http://www.middle-east-online.com/english/opinion/?id=26097>.

8 Robert Maginnis, „Why Europe Won't Sanction Iran“, Human Events, 08/11/07, <http://www.humanevents.com/article.php?id=23283>.

9 Die mit großer Medienaufmerksamkeit begleitete Krise der Benzinversorgung im Iran im Sommer 2007 war ein Resultat dieser Kampagne: Zwar mangelte es dem Iran angesichts der gestiegenen Ölpreise nicht an Devisen für den Import. Amerikanischer Druck auf internationale Handelsbanken führte jedoch zu Schwierigkeiten bei der Abwicklung der dazu notwendigen finanziellen Transaktionen. Die wachsende Bedeutung von Finanzplätzen außerhalb der USA wird langfristig die Wirkung solcher Druckmittel reduzieren – ein weiteres Beispiel für eine im Entstehen befindliche multi- oder non-polare Weltordnung. Siehe China Hand, „Target Iran“, Asia Times Online, 11&12/04/08, http://www.atimes.com/atimes/middle_east/jd12ak01.html.

increasingly trying to defend themselves from US efforts to defend them against Iran.”¹⁰

Solche Befürchtungen vom sicheren Standort Washington oder New York aus als Appeasement oder Schwäche eines prowestlich-arabischen Lagers „drunk on oil it thinks it can buy its way out of any Iranian challenge“¹¹ abzuwerten, erscheint anmaßend. Bedenken sind jedoch auch innerhalb der amerikanischen Militär-, Polit- und Sicherheitsstrukturen zu erkennen. So kam ein im November 2007 vom National Intelligence Council, einem Zusammenschluss der wichtigsten amerikanischen Sicherheitsdienste, vorgelegtes „National Intelligence Estimate“ zu dem Schluss, der Iran habe sein Nuklearwaffenprogramm bereits im Jahre 2003 eingestellt¹² und unterminierte damit eine zentrale außenpolitische Position der eigenen Regierung.

Auch amerikanische Beobachter kommen inzwischen zu dem Schluss, dass die internationale Gemeinschaft langfristig nicht umhin kommen wird, Iran als möglicherweise auch nuklear ausgerüstete Regionalmacht anzuerkennen: „Iran has an elaborate nuclear apparatus and is enriching uranium. It is impossible to turn back the clock. Instead of reviving an incentive package rejected long ago by Iran or issuing calls for military retribution that worry no one in the country’s hierarchy, the United States and its European allies would be wise to negotiate an arrangement that would meet at least some of their demands.

10 Ethan Chorin, „US is unwise to deny Iran’s key role in Gulf“, Financial Times, 27/05/08, http://www.ft.com/cms/s/0/765f73ec-2be7-11dd-9861-000077b07658.html?nlick_check=1.

11 Friedman, „The New Cold War“.

12 National Intelligence Council: Iran: Nuclear Intentions and Capabilities, November 2007, http://www.dni.gov/press_releases/20071203_release.pdf.

This may just be the last chance we have before Iran crosses the nuclear weapons threshold.”¹³

Diese Bedenken fügen sich in weitergehende theoretische und strategische Überlegungen ein, die angesichts der wirtschaftlich und militärisch erstarkten Positionen Chinas, Indiens, Russlands und der EU und paralleler Schwierigkeiten der USA auf diesen Gebieten vom „Ende des unipolaren Moments“ sprechen und die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung zu erkennen meinen.¹⁴

Verfeinerter Autoritarismus

Auch im Jahr 2008 muss die nüchterne Bilanz gezogen werden, dass der politische Autoritarismus in der arabischen Welt nach 20 Jahren der Demokratieförderung durch die USA und EU und trotz aller Bemühungen von Seiten arabischer Reformer längst kein Auslaufmodell darstellt und der Demokratisierungsprozess bis auf bescheidene, partielle Fortschritte stockt. Die Frage, warum die „dritte Welle der Demokratisierung“¹⁵ sowie die Serie der „Farbenrevolutionen“ in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion an der Region vorbeigezogen sind¹⁶, und ob die arabische Welt damit in

13 Ray Takeyh, „Shaping a Nuclear Iran“, The Washington Post, 18/05/08, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/05/16/AR2008051603434.html>

14 Nazneen Barma, Ely Ratner and Steven Weber, „A World without the West“, The National Interest, Juli/August 2007,

http://elyratner.com/Publications/A_World_Without_the_West.pdf;

Michael T. Klare, „Global Power Shift“, Foreign Policy in Focus, 06/05/2008, <http://www.fpiif.org/fpifxt/5199>; Ian Buruma, „After America - Is the West being overtaken by the Rest?“, The New Yorker, 21/04/2008,

http://www.newyorker.com/arts/critics/atlarge/2008/04/21/080421crat_atlarge_buruma; Richard N. Haass, „The Age of Nonpolarity“, Foreign Affairs, Mai/Juni 2008, <http://www.foreignaffairs.org/20080501faessay87304/richard-n-haass/the-age-of-nonpolarity.html>.

15 Samuel P. Huntington, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press, 1992.

16 Eine Ausnahme bildeten die durch die Ermordung des ehemaligen Premierministers Rafiq al-Hariri ausgelösten libanesischen Demonstrationen im Frühjahr 2005, die mit der ukrainischen „Orange Revolution“ verglichen, vom Weißen Haus rasch „Zedernrevolution“ genannt und als

ihrer politischen Entwicklung eine Ausnahme darstellt und sich in einer langen Übergangsphase befindet, wird weiterhin debattiert. Über die Gründe der angeblich weltweit einzigartigen Demokratieresistenz der Region¹⁷ scheiden sich nach wie vor die Geister: „Für den andauernd exzeptionellen Zustand der arabischen Welt wird eine Reihe von Argumenten und Theoriefragmenten angeboten, die teils verschwörungstheoretisch, teils ökonomisch-deterministisch, teils kulturalistisch waren: westliche Herrschaftspläne, das Öl, der Islam oder schlicht ‚the Arab mind‘.“¹⁸

Beobachtungen von Reformprozessen und -rückschlägen in den vergangenen Jahren legen nahe, dass die in der arabischen Welt dominanten Herrschaftsformen mitnichten so starr sind wie bisher angenommen. Im Gegenteil scheinen sich Formen der autoritären Machtausübung herauszubilden, die sich als anpassungsfähig entpuppen. Arabische Regierungen haben die selektive Öffnung politischer Räume zugelassen und Methoden der Kontrolle weiterentwickelt. Neue Strategien, politischen Druck und Forderungen nach Demokratisierung einzugrenzen, stellen derzeitige Konzepte der Demokratieförderung vor ein ernstes Dilemma. Insbesondere in den klassischen Bereichen der Demokratieförderung (Zivilgesellschaft, Medien und Wahlen) ist dieser Trend zu beobachten. Zudem entfalten sich internationale Beziehungen und wirtschaftlicher Wandel teilweise anders, als es demokratische Akteure erhofft hatten: „Perhaps most troubling for democratic reformers in

the Arab world and their allies, Arab regimes have concluded that the most effective strategy for resolving the economic, political, and social problems that threaten their stability is not democratisation, but the upgrading of authoritarian strategies of governance, a strategy that is proving remarkably successful.“¹⁹

Während zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisation in den frühen 1990er Jahren in vielen Ländern der Region fest zur politischen Landschaft gehörten, wurden ihre Aktivitäten gegen Ende der Dekade zunehmend eingeschränkt. Derzeit engagiert sich eine Vielzahl an NROs in der Region für Menschen- und Frauenrechte, politische Reformen, demokratische Wahlen und Transparenz. Während kein arabisches Regime es sich mehr leisten kann, die Legitimität von Menschenrechten abzustreiten, schufen die Einführung spezieller Regulierungen, NRO-Ministerien sowie Antiterrorgesetzgebungen nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 rechtliche und institutionelle Voraussetzungen für staatliche Eingriffe. Praktiken in Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien und Jordanien zeigen, dass anstelle einer direkten Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Vielzahl an Modalitäten ihre Autonomie beschneidet.²⁰ Gleichzeitig avancieren Angehörige der herrschenden Eliten zu Patronen semi-offizieller NROs und begrenzen damit nicht nur den Raum für bürgerliches politisches Engagement, sondern ziehen zudem finanzielle und symbolische Ressourcen an sich.²¹

Bestätigung für die Demokratisierungsstrategie der Bush-Regierung interpretiert wurden. Siehe Nicholas Blanford, „Lebanon Catches Its Breath“, MERIP Online, 32/03/2005,

<http://www.merip.org/mero/mero032305.html>.

17 Peter Pawelka, „Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt“. Leviathan Nr. 4, 2002.

18 Volker Perthes, „Arabische Welt – resistent gegen Demokratie?“ Rheinischer Merkur, 22/06/2008, <http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=28216>.

19 Steven Heydemann, Upgrading Authoritarianism in the Arab World, Analysis Paper Nr. 13, The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution, Oktober 2007, S. 28,

<http://www.brookings.edu/papers/2007/10arabworld.aspx>.

20 So begrenzte das 2002 im „moderaten“ Ägypten revidierte und höchst umstrittene Law of Associations strikt die Aktivitäten und die Finanzierung von NRO und untersagte ihnen „politische“ Aktivitäten. Siehe Human Rights Watch, Egypt’s New Chill on Rights Groups, 21/06/2003, <http://www.hrw.org/press/2003/06/egypt062103.htm>.

21 So steht ein großer Anteil der jordanischen NROs unter der Schirmherrschaft des Königshauses; die Frau des ägyptischen Präsidenten erscheint in internationalen Foren häufig als zivilgesellschaftliche Vertreterin.

Ähnliches gilt für die Medien.²² Ohne Zweifel hat seit Mitte der 1990er Jahre mit der Einführung arabischer Satellitennachrichtensender, des Internets sowie der rasanten Zunahme von Blogs eine bemerkenswerte Öffnung des Mediensektors stattgefunden, von dessen ökonomischem Potenzial und politischer Wirkung viele Regierungen der Region profitiert haben. Der Zugang zu Informationen hat jedoch auch staatliche Kontrolle über Inhalte erodieren lassen. Im Gegenzug lassen arabische Regierungen mit Hilfe von aus den USA und Europa importierter Technologie die neuen Kommunikationsstrukturen überwachen. Eine Reihe von Restriktionen stellt sicher, dass „rote Linien“ nicht überschritten werden falls die unter arabischen Journalisten tief internalisierte Selbstzensur doch einmal versagt. Im Februar 2008 wurde auch auf regionaler Ebene die Basis für weitere Einschränkungen gelegt: Der Rat der arabischen Informationsminister stimmte der Verabschiedung einer Charta zur Regulierung der Satellitenmedien zu, die sich vor allem an private Sender richtet, die eine Plattform für politische Kritik bieten. Sie appelliert an Sender, die „Prinzipien arabischer Solidarität“ zu respektieren und gibt Regierungen grünes Licht für Sanktionierung von Inhalten, die „arabische Regierende, nationale oder religiöse Symbole diffamieren“. Scharf wurde von Medienfreiheitsorganisationen verurteilt, dass die neuen Verbote unter dem Deckmantel eines „Ethikcodes“ verkündet wurden.²³ Der palästinensische Autor Ramzy Baroud kommentiert dazu ironisch: „The Arab Foreign Minis-

rin und die Frau des syrischen Präsidenten fördert sieben unter dem Syrian Trust for Development zusammengefasste NROs, während syrische Aktivisten in einem höchst fragilen Umfeld operieren, in dem der Verdacht auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten schnell zu Untersuchungen durch die staatliche Sicherheit und Reiseverboten führen kann (persönliche Kommunikation, Damaskus, Oktober 2007).

22 Siehe Layla Al-Zubaidi, *Walking a Tightrope – News Media and Freedom of Expression in the Middle East*. Heinrich Böll Foundation, Beirut & Ramallah, 2004, <http://www.boell-meo.org/en/web/234.htm>.

23 Committee to Protect Journalists, 15/02/2008, <http://www.cpj.org/news/2008/mideast/mideast15feb08na.html>.

ters communiqué can be understood as a call for a truce between various Arab governments: you hold your journalists back from attacking me, I'll hold mine. It's neither a call for the suppression of civil society nor the gagging of free expression: the former is largely suppressed and truly free expression never fully existed.”²⁴

In den vergangenen Jahren ist auch eine Zunahme des politischen Wettbewerbs in der arabischen Welt zu verzeichnen. Nur in den politisch rigidesten Ländern der Region finden Wahlen noch in offen totalitärer Manier statt: In den syrischen Präsidentschaftswahlen im Frühsommer 2007 wurde Baschar al-Asad mit 97,6 Prozent in seinem Amt bestätigt. Wahlrechtsreformen und die Zulassung eines (begrenzten) Parteienpluralismus öffneten in einer Reihe von Staaten Spielräume für oppositionelle Kandidaten. Die Ergebnisse - Wahlerfolge islamistischer Parteien in Ägypten, Marokko, Jemen, Jordanien, Palästina und Kuwait – sorgten jedoch für Ernüchterung. Der Wahlsieg der Hamas in Palästina wurde mit einem politischen und finanziellen Boykott auch von Seiten derjenigen westlichen Staaten beantwortet, die zuvor zu demokratischen Wahlen gedrängt hatten. Er führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der unterlegenen Fatah-Bewegung.²⁵ In den meisten Fällen diente die Durchführung von Wahlen ohnehin weniger der demokratischen Entscheidungsfindung als vielmehr der gezielten Erzeugung von Wahlergebnissen, die zur inneren und äußeren Legitimierung der herrschenden Regime herhalten. Wie das ägyptische Beispiel belegt, sind begrenzte und politisch letztlich

24 Ramzy Baroud, “Is the Arab media truly free?” Middle East Online, 07/05/2008, <http://www.middle-east-online.com/english/opinion/?id=25762>.

25 Siehe Christian Sterzing, *Politischer Jahresbericht Arabischer Naher Osten / Palästina 2006/2007*,

bedeutungslose Erfolge islamistischer Kräfte ein ausgesprochen wirksames Mittel westliche Forderungen nach mehr Demokratie zum Verstummen zu bringen. Demonstrative Toleranz für politische Konkurrenz, einschließlich der Partizipation islamistischer Akteure, wird so mit Taktiken kombiniert, die sicherstellen, dass die regierenden Parteien die Wahlergebnisse dominieren. So verdrängten die jordanische und die ägyptische Regierung im vergangenen Jahr ihre politischen Opponenten vor allem durch Repression und Wahlfälschung (siehe unten „Neue Gesichter des Islamismus“) und brauchte sich dabei kaum um internationale Kritik zu sorgen.

Ein weiterer Trend des „authoritarian upgrading“, nämlich die Einführung selektiver ökonomischer Reformen, ist selbst beim wirtschaftlichen Reformnachzügler Syrien zu beobachten. Auch in Algerien, Marokko, Ägypten und Jordanien haben selektive Reformen entgegen zahlreicher Vorhersagen weniger zu demokratischen Öffnungen verholfen, sondern eher politischen Eliten Zugang zu neuen Ressourcen verschafft, die es ihnen ermöglichen, ihre Patronagenetzwerke aufrechtzuerhalten. In Syrien hat eine Ausweitung der ökonomischen Aktivitäten des Privatsektors stattgefunden. Marktzugang und Investitionsmöglichkeiten erscheinen jedoch nach wie vor von Kontakten zur Machtelite abhängig. Ökonomische Reform führt daher nicht zu einer „Liberalisierung“ im Sinne der Herausbildung einer autonom handlungsfähigen Schicht ökonomischer Akteure, sondern zu einer Kooptierung dieser Akteure in die Machtstruktur des Regimes einerseits und zur Ausweitung der Macht- und Patronagestrukturen der verschiedenen Machtzentren des Regimes in den Bereich der „Pri-

vat“wirtschaft andererseits.²⁶ In Syrien, Ägypten, Marokko und Tunesien sind Arbeitslosenraten mit der Lockerung arbeitnehmerfreundlicher Regulierungen gesunken. In allen vier Ländern hat der Privatsektor den öffentlichen in Beschäftigungszahlen überholt. Gleichzeitig gibt es jedoch in den neuen, meist informellen Jobmärkten kaum soziale Absicherungen, so dass wirtschaftliche Wachstumsraten aus demokratie- und reformorientierter Perspektive höchst ambivalente Folgen haben.²⁷

Mit der Zunahme hybrider Formen des Autoritarismus quer durch die arabische Welt fügt diese sich in einen vorherrschenden globalen Trend ein²⁸ und kann daher im internationalen Vergleich nicht länger als Ausnahme behandelt werden. Dies wird an der Diversifizierung der internationalen Beziehungen arabischer Staaten deutlich. Um sich dem Druck internationaler Organisationen wie der Weltbank und der Europäischen Union und Ländern wie den USA zu entziehen, setzen arabische Regierungen zunehmend auf diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit China, Indien, Malaysia, Singapur, Vietnam und Russland. Auch für die effektive Überwachung der Grenzen „akzeptabler“ politischer Praxis stellen einige der neuen Partnerstaaten Modelle zur Nachahmung dar: „China stands out in this regard. It has gained visibility as a developmentally effective, politically stable non-democracy (...). China is admired for its managed, top-down approach to economic liberalization without political reform; (...) its capacity to manage communications technologies and the media without apparently sacrificing innovation; and its assertiveness relative to the West. It has come to be

http://www.boell.de/alt/downloads/jahresberichte2007/Pol_Jb_Palaestina_2006_2007.pdf

26 Steven Heydemann, *Upgrading Authoritarianism in the Arab World*, S. 14.

27 *Ibid.*, S. 16.

28 *Ibid.* S. 2.

seen as a model of successful authoritarian upgrading – and Arab regimes are paying attention.”²⁹

Die arabischen Regimes haben erkannt, dass sie sich einem internationalen Wertesystem, in dem der systematische Verstoß gegen Menschenrechte geächtet ist, dem vereinfachten Zugang zu Informationen, ökonomischem Liberalisierungsdruck und sozialem Wandel kaum entziehen und diese Trends sogar für sich nutzen können. Nicht die Abschottung arabischer Gesellschaften von den Kräften der Globalisierung scheint dabei das herausragende Merkmal der gegenwärtigen Staatsführung zu sein, sondern gesteuerter Wandel mit dem Ziel des Machterhalts. Unwahrscheinlich erscheint daher laut Heydemann, dass eine Demokratisierungswelle über die Region schwappen und sich politischer Wandel rasch vollziehen wird, anders als in Osteuropa oder in Lateinamerika, wo institutionelle Stagnation, ökonomische Regression und ideologische Ermattung dazu beigetragen haben, dass lokale Zivilgesellschaften und die politische Opposition Einfluss nehmen konnten: “The unmaking of authoritarianism in the Arab world, if it occurs at all, will follow a different course. It will probably be less dramatic, more ambiguous, and slower. Efforts to achieve this end, moreover, must contend with regimes that have proven to be more adaptive and flexible than many might have believed possible.”³⁰

Neue Gesichter des Islamismus

Westliche Beobachter und Befürworter von Reformprozessen im Nahen und Mittleren Osten haben sich in der jüngsten Vergangenheit mit verstärktem Inte-

29 Ibid, S. 25.

30 Ibid, S. 35.

resse politischen Akteuren mit islam(ist)ischer Prägung zugewandt, in der Hoffnung, „moderate“ Kräfte innerhalb dieser Bewegungen zur Kooperation zu gewinnen. Dahinter stehen Zweifel am politischen Gewicht säkularer Kräfte sowie die Einsicht, dass „politische Öffnung nicht möglich ist, solange jene Kräfte ausgeschlossen bleiben, die den größten Rückhalt in der Bevölkerung haben und oftmals die einzige effektiv organisierte Alternative zu autoritären Regimes darstellen.“³¹ Amerikanische Autoren gehen in solchen Bewertungen noch einen deutlichen Schritt weiter: „Islamist parties typically boast leaders who are young and dynamic, with strong ties to the community; their party organizations brim with energy and ideas, attracting those who seek change.”³²

Im Zeitraum 2007/2008 traten Grenzen und innere Widersprüche eines solchen Konzepts deutlich zu Tage. In Ländern wie Ägypten und Jordanien, wo solche Gruppen zuvor zumindest partiell zur Teilnahme am politischen Prozess zugelassen wurden, griffen die herrschenden Regimes zu offener Repression und Wahlfälschung und drängten damit starke islamistische Bewegungen in den Untergrund. Radikalisierung ist zu erwarten. In Palästina führte der offene Konflikt zwischen der demokratisch gewählten, jedoch international nicht anerkannten Hamas-Regierung und der unterlegenen Fatah-Bewegung von Präsident Mahmoud Abbas im Juni 2007 zur gewaltsamen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen und damit zur Spaltung der politischen Strukturen, mit fatalen Auswirkungen auf den weiteren

31 Muriel Asseburg (Hg.), Moderate Islamisten als Reformakteure, Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2007, S.5, http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=6978&PHPSESSID=a6bb2cb2afcf0e574490a348d07b9013.

32 Mona Yacoubian, Engaging Islamists and Promoting Democracy, United States Institute of Peace Special Report 190, August 2007, <http://www.usip.org/pubs/specialreports/sr190.html>.

Verlauf des Friedensprozesses. Wahlen in Kuwait führten zu einem deutlichen Erfolg islamistischer Gruppen³³ und stellten ein weiteres Mal die oft vermutete Verbindung zwischen sozialer Verelendung und Islamismus in Frage.

Gleichzeitig hat der politische Gegenpol zu „moderaten“ Islamisten, also zur Gewaltanwendung entschlossene und Kooperation und Kompromiss eindeutig ablehnende Gruppierungen des Al-Qaida-Typs, an regionaler Verbreitung und Vielfalt gewonnen. In Zentralasien hat das erneute Erstarken der Taliban und die gleichzeitige Krise des Musharraf-Regimes im Nachbarland Pakistan zur Herausbildung eines grenzübergreifenden Rückzugs- und Rekrutierungsraumes für solche Gruppen geführt.³⁴ Erkennbare Erfolge der US-Strategie zur Bekämpfung solcher Gruppen im Irak haben einen Exodus der Kämpfer bewirkt, die sich nun in Nachbarstaaten neu gruppieren. Besonders im Libanon hat die Lähmung der ohnehin schwachen staatlichen Institutionen solchen Gruppen ein weites Feld geöffnet.³⁵ Zwischen Mai und September 2007 lieferten sich etwa 500 Kämpfer einen erbitterten Abnutzungskrieg mit der libanesischen Armee im palästinensischen Lager Nahr Al-Bared bei Tripolis. Das Ergebnis: die nahezu vollständige Zerstörung des Lagers und 160 getötete libanesische Soldaten. Der Anführer der Gruppe, Shaker Al-Absi, entkam. Während die libanesische Regierung Syrien als Urheber der Unruhen anklagte, warfen ausländische und libanesische

Beobachter mit Sympathien für die libanesische Opposition der sunnitisch geprägten Future-Bewegung von Saad Hariri vor, die Gruppierung als potentielles Gegengewicht zu Hisbollah kultiviert zu haben.³⁶ Beide Darstellungen scheinen einen Wahrheitskern zu enthalten: So ist die Verwicklung mehrerer aus Syrien operierender palästinensischer Kader bekannt.³⁷ Darüber hinaus scheint es unwahrscheinlich, dass Militante und Waffen in diesem Ausmaße ohne Billigung Syriens in den Nordlibanon gelangen konnten. Umgekehrt sind auch die zeitweilig engen Verbindungen der Hariri-Partei zu islamistisch-sunnitischen Gruppierungen dokumentiert. Laut Omayma Abdel-Latif vom Carnegie Middle East Center sind die Verbindungen zwischen sunnitischen islamistischen Gruppierungen und der Future-Bewegung komplex und ambivalent. Nachdem Stimmen aus dem islamistischen Lager im Nordlibanon dem Hariri-Block im Jahr 2005 dort zu einem überwältigenden Wahlsieg verholfen hatten, entwickelte sich eine pragmatische Beziehung zwischen den beiden politischen Kräften. Während einige islamistische Gruppen eine Allianz mit der Future-Bewegung suchten, um sich finanzielle Unterstützung, politischen Einfluss und Schutz zu sichern, agierten andere mehr aus konfessioneller Solidarität: „In the meantime, the Mustaqbal [arab. für „Future“] movement benefited from the mobilizational abilities and social capital of the Islamists, particularly in the north, but publicly kept them at arm's length, in order not to alienate their non-Sunni allies in Lebanon and their American and other Western backers.“³⁸

33 Nathan Brown, „Kuwait's 2008 Parliamentary Elections: A Setback for Democratic Islamism?“ Carnegie Web Comment, 28/05/2008, http://www.carnegieendowment.org/files/brown_kuwait2.pdf.

34 Syed Saleem Shahzad, „At War with the Taleban“, Asia Times Online, 22&23&28/05/2008, http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/JE28Df01.html.

35 Siehe hierzu besonders Nir Rosen, „Al Qaeda in Lebanon - the Iraq war spreads“, Boston Review, Januar/Februar 2008, <http://bostonreview.net/BR33.1/rosen.php>;

Gary C. Gambill, „Salafi-Jihadism in Lebanon“, Mideast Monitor, Januar-März 2008, http://www.mideastmonitor.org/issues/0801/0801_1.htm.

36 Franklin Lamb, „Who's behind the fighting in North Lebanon?“ Counterpunch, 24/05/2007, <http://www.counterpunch.org/lamb05242007.html>;

Seymour Hersh, „The Redirection“, The New Yorker, 03/05/2007, http://www.newyorker.com/reporting/2007/03/05/070305fa_fact_hersh.

37 Siehe Rosen, „Al Qaeda in Lebanon“.

38 Omayma Abdel-Latif, Lebanon's Sunni Islamists—A Growing Force, Carnegie Middle East Center, Carnegie Papers 6, Januar 2008, http://www.carnegieendowment.org/files/CMCE6_abdellatif_lebanon_fin_al.pdf.

Wahrscheinlich erscheint, dass sowohl das syrische Regime wie auch die libanesische Regierungspartei militante Potentiale zu nutzen suchten, die letztlich nicht vollständig unter ihrer Kontrolle standen. Nach den bewaffneten Auseinandersetzungen mit Hisbollah Anfang Mai 2008 und der militärischen Niederlage der im Aufbau befindlichen sunnitischen Future-Miliz befürchten nun viele Beobachter eine weitere Radikalisierung der libanesischen Sunniten und erhöhten Zulauf besonders zu Al-Qaida - ähnlichen Gruppen mit anti-schiitischen Ausrichtung: „The Sunni community could turn to more radical Islamist movements. The three days that led to West Beirut’s fall inescapably will leave deep scars and have long-term effects among Sunnis, with two likely consequences: on the one hand, the sectarian radicalization of a rank and file shocked by its own weakness and its perception of a powerful Shiite threat; on the other hand, diminished control exercised over the Sunni base by the Future Movement, seen by many as responsible for the debacle.“³⁹

In Syrien bleibt das Potential islamistischer Bewegungen weiterhin ungewiss. Ohne jeden Zweifel wurden viele Kämpfer der Al-Qaida dort rekrutiert und nutzten Syrien als Transitland in den oder aus dem Irak. Es erscheint unwahrscheinlich, dass das ohne das Wissen der Geheimdienste geschehen konnte. Sporadische Gewalt mit islamistischem Charakter und Festnahmen militanter Islamisten treffen bei vielen Beobachtern auf Skepsis. Oft wird vermutet, das Regime wolle sich dem westlichen Ausland als „Bollwerk gegen den Islamismus und Terrorismus“ und der eigenen Bevölkerung als Garanten gegen „iraki-

sche Verhältnisse“ präsentieren und inszeniere daher solche Vorfälle mit Hilfe der Geheimdienste.⁴⁰

Darüber hinaus konstatieren Beobachter eine zunehmend deutlichere Islamisierung des öffentlichen Raumes.⁴¹ Der amerikanische Syrienexperte Joshua Landis sieht darin ein Ergebnis der alawitischen Prä- gung der syrischen Machtelite: Zur Vorbeugung kon- fessionell motivierter Opposition verleugne diese die spezifischen Formen alawitischer Religiosität und räume statt dessen sunnitisch-islam(ist)ischen Be- strebungen großen Raum ein: „Alawites have paid a steep price for political success by denying their distinct religious tradition. In essence, they have given up their religion for political power and equality.“⁴² Ähnlich beschreibt der syrische Politologe Salam Kawakabi die Strategie des Regimes als Versuch „to achieve a monopoly of influence over a population which was becoming increasingly conservative.“⁴³ Der Historiker und politische Analyst Sami Moubayed sieht das Bestreben, neuerlichem Einfluss der Mus- limbruderschaft vorzubeugen hinter den Bemühungen des Regimes sich selbst als „patrons of moderate Islamic revivalism“ zu präsentieren: „Syrian President Bashar Assad has incrementally abandoned the rul- ing Baath Party’s longstanding secularizing mission and encouraged the growth of a moderate ‘Islamist civil society’ *loyal to the state*.“⁴⁴

40 Abdullah T., „The Truth about Islamic Extremist Groups in Syria“, Syria Comment, 20/06/2006, <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2006/06/truth-about-islamic-extremist-groups.htm>.

41 Sami Moubayed, „The Islamic Revival in Syria“, Mideast Monitor, September-October 2006, http://www.mideastmonitor.org/issues/0609/0609_4.htm.

42 Joshua Landis, Islamic Education in Syria: Undoing Secularism, November 2003, <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/Islamic%20Education%20in%20Syria.htm>.

43 Salam Kawakabi, Political Islam in Syria, Center for European Policy Studies, Working Document Nr. 270, Juni 2007, http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1511.

44 Sami Moubayed, „The Islamic Revival in Syria“, Hervorhebung durch die Autoren.

39 International Crisis Group: Lebanon: Hizbullah’s Weapons Turn Inward, 15/05/2008, http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east_north_africa/b23_lebanon_Hizbullahs_weapons_turn_inward.pdf.

Länderbericht Libanon

Vakuum an der Staatsspitze

Wie von vielen Beobachtern vorhergesagt⁴⁵, erreichte der lang anhaltende Konflikt zwischen der libanesischen Regierung unter Fuad Seniora und dem Oppositionslager mit dem Auslaufen der verlängerten Amtszeit von Präsident Emile Lahoud im November 2007 einen neuen Höhepunkt. Trotz intensiver Vermittlungsversuche der europäischen und regionalen Diplomatie scheiterten letztlich alle Ansätze zu einem Kompromiss. Seit dem 24. November 2007 war das höchste Staatsamt damit vakant. Zwar einigten sich die Konfliktparteien Anfang Dezember 2007 auf den Oberkommandierenden der Streitkräfte Michel Suleiman als „Konsenskandidat“. Der weiter gehende Konflikt über die Zusammensetzung einer neuen Regierung⁴⁶ und ein neues Wahlgesetz für die im Frühsommer 2009 anstehenden Parlamentswahlen⁴⁷ vereitelte jedoch alle Versuche zur Durchführung der Präsidentenwahl.

45 Siehe Heiko Wimmen, Cedar Revolution Reloaded - Lebanon between Internal Paralysis and Regional Confrontation, hbs Büro Beirut, 05/02/2007, <http://www.boell-meo.org/en/web/410.htm>; Layla Al-Zubaidi und Heiko Wimmen, Politischer Jahresbericht Mittlerer Osten 2006/2007, hbs Büro Beirut, http://www.boell.de/downloads/weltweit/Pol_Jb_MittlererOsten_Beirut_2006_2007.pdf; Mona Yacoubian, Facing the Abyss: Lebanon's Deadly Political Stalemate, USIPeace Briefing, Februar 2008, http://www.usip.org/pubs/usipeace_briefings/2008/0212_lebanon.html.

46 Gemäß der libanesischen Verfassung gilt die amtierende Regierung ab dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten automatisch als zurückgetreten und führt die Regierungsgeschäfte nur noch kommissarisch; die Ernennung einer neuen Regierung ist die obligatorische erste Amtshandlung des neuen Staatsoberhauptes.

47 Bedingt durch das im Libanon angewandte Mehrheitswahlrecht ist die geographische Einteilung der Wahlbezirke von entscheidender Bedeutung für das Wahlergebnis; „gerrymandering“ – die bewusste Manipulation des Zuschnitts der Wahlkreise mit dem Ziel, das Gewicht der eigenen Anhängerschaft zu maximieren und die Chancen von Konkurrenten zu minimieren – oft geübte Praxis.

Hintergrund der Krise sind unvereinbare außenpolitische Ausrichtungen, die von externen Akteuren mit eigener Agenda angeheizt werden und in deren Windschatten lokale Akteure ihre eigenen Interessen verfolgen und zu diesem Zweck konfessionelle Ressentiments instrumentalisieren.

Auf der einen Seite steht die durch die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal repräsentierte und von Syrien und dem Iran unterstützte Opposition, die weiterhin die Konfrontation mit Israel als nationale und religiöse Priorität betrachtet, über die keine Mehrheitsentscheidungen oder Kompromisse möglich sind. Auf der Gegenseite steht die von den meisten westlichen Staaten und ihren arabischen Verbündeten gestützte, mehrheitlich von der sunnitischen Future-Bewegung getragene Regierung von Fuad Seniora, die eine weitere Verwicklung des Libanon in regionale Konflikte vermeiden will: „Just like in the seventies, Lebanon's role as proxy battleground for outside powers is in a tug of war between various political actors that define the new political scene in the country (...) Lebanon is being pushed back into the role of proxy, only this time to host the showdown between the US and Iran.“⁴⁸

Insbesondere seit dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Sommer 2006 stehen sich beide Seiten mit unversöhnlichem Misstrauen gegenüber: Das Regierungslager beschuldigt die Hisbollah, Libanon und die libanesischen Bevölkerung syrischen und iranischen Interessen opfern zu wollen. Hisbollah dagegen unterstellt der Regierung, Libanon in einen Vasallen der USA verwandeln und zum Erfüllungsgehilfen einer vermeintlichen „israelisch-amerikanischen He-

48 Oussama Safa, Lebanon's Future at a Crossroads, Arab Reform Initiative, 26/06/2007, <http://www.arab-reform.net/spip.php?article867>.

gemonie“ in der Region machen zu wollen. Das Insistieren der Hisbollah auf einer Sperrminorität in einer neu zu ernennenden „Regierung der nationalen Einheit“⁴⁹ rührt aus dieser Wahrnehmung und der Absicht, jeglichen Versuch zur Einschränkung ihrer militärischen Möglichkeiten bereits im politischen Vorfeld im Keime zu ersticken: „Now we are demanding it [a greater share of cabinet posts] because our experience during the war and the performance of the government has made us unsure. On several occasions they pressured us to lay down our weapons while we were fighting the war. So after the war, we had no choice but to demand this guarantee that would give us legal and constitutional strength. If we take one-third plus one, the government will not be able to impose its decision on us.“⁵⁰

Konfessionelle Mobilisierung

Zur Mobilisierung ihrer jeweiligen Anhängerschaft greifen beide Seiten auf konfessionelle Gegensätze zurück: Während das Regierungslager sunnitische Ängste vor dem demographischen Wachstum der Schiiten im Libanon und arabisch-nationalistische Animositäten gegen den Iran schürt, stützt sich Hisbollah auf die für schiitische Spiritualität konstitutive historische Erfahrung religiöser und sozialer Marginalisierung durch sunnitische Machteliten und die

49 Bedingt durch sein komplexes System konfessioneller Machtteilung ist der Libanon prinzipiell nur im Konsens der wichtigsten politischen Kräfte regierbar. Libanesisch-Regierungen beinhalten daher meist einen weiten Querschnitt oft gegensätzlicher politischer Kräfte. Gemäß der libanesischen Verfassung gilt eine Regierung als zurückgetreten wenn mehr als ein Drittel der Minister ihr Amt niederlegen; entsprechend hätte die verlangte Quote von einem Drittel +1 der Ministerposten die Oppositionsparteien in die Lage versetzt, missliebige Entscheidungen durch einen kollektiven Rücktritt zu blockieren.

50 Hisbollah Politbüro-Mitglied Mahmoud Qumati in einem Interview mit Associated Press, zitiert in Amal Saad-Ghorayeb, In Their Own Words: Hizballah's Strategy in the Current Confrontation, Carnegie Policy Outlook, Januar 2007, http://www.carnegieendowment.org/files/saadghorayeb_hizbollah_final.pdf.

Selbstwahrnehmung der libanesischen Schiiten als umlagerte Minderheit in einer überwiegend sunnitischen Region. Der dramatische Anstieg sunnitisch-schiitischer Gewalt im Irak im gleichen Zeitraum heizte diesen Gegensatz weiter an. Der Kolumnist Satieh Nouredine befürchtet eine dramatische Eskalation: „Das Verhältnis zwischen Schiiten und Sunniten im Libanon hat eine sehr gefährliche Wendung genommen. Die Zahl der Schiiten und Sunniten, die sich nur noch durch ihre Konfession definieren und darin von den Klerikern angestachelt werden, nimmt täglich zu ... es muss befürchtet werden, dass die beiden Gruppen ebenso wenig Vernunft besitzen wie ihre Glaubensbrüder in anderen arabischen Staaten, wo der Bruderkrieg in seiner scheußlichsten Form wütet.“⁵¹

Die Furcht vor sunnitischem Extremismus und die historische Konkurrenz mit den Sunniten um die Macht im Staate motiviert auch die Parteinahme eines Teils der christlichen Bevölkerung (repräsentiert durch die „Freie Patriotische Bewegung“ von Michel Aoun) für das Oppositionslager.⁵² Die Vermischung von politischer und konfessioneller Mobilisierung hatte bereits im Januar 2007 zu Straßenschlachten am südlichen Stadtrand von Beirut geführt.

Fünf Tage Bürgerkrieg

Anfang Mai 2008 führte ein Regierungsbeschluss zur Demontage eines von der Hisbollah betriebenen separaten Telekommunikationsnetzwerks und zur gleichzeitigen Entlassung des Oberkommandierenden der Beiruter Flughafensicherheit zur lang erwarteten Eskalation des schwelenden Konflikts. Ein schon Wochen zuvor durch den Gewerkschaftsver-

51 Satieh Nouredine: „Vermeidet den Bruderkrieg“, as-Safir, 20/11/2006, Arabisch.

band angekündigter Generalstreik am Folgetag wurde prompt von den schiitischen Parteien Hisbollah und Amal zur Protestplattform gegen diese Entscheidungen umfunktioniert. Bewohner der Hisbollah-dominierten südlichen Vorstädte blockierten alle Zugangsstraßen zum Flughafen mit Erdwällen und brennenden Reifen und brachten damit den Luftverkehr zum Erliegen. In schiitisch-sunnitisch gemischten Beiruter Nachbarschaften wie Ras An-Nabaa und Corniche Al-Mazraa eskalierten wechselseitige Proteste rasch zu gewalttätigen und von den Sicherheitskräften nur mühsam kontrollierten Auseinandersetzungen.



The tents of the opposition encampment are removed from downtown Beirut. Photo: Haytham Al-Musawi / Al-Akhbar.

Am 8. Mai bezeichnete Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah die Beschlüsse der Regierung als „Kriegserklärung“ und erneuerte Vorwürfe der Kollaboration mit Israel und den USA. In einer Antwortrede sprach der Führer der Future-Bewegung, Saad Hariri, von „Missverständnissen“ und bot partielle und von der Opposition sogleich zurückgewiesene Zuge-

ständnisse an. Zugleich warnte er vor einem sunnitisch-schiitischen Bruderkampf.



Car destroyed during the May clashes in the West Beirut area of Caracas. Photo: Layla Al-Zubaidi.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai erlebte West-Beirut schwere Straßenkämpfe. Kampfeinheiten von Hisbollah und Amal attackierten nach einem anscheinend sorgsam vorbereiteten Operationsplan Positionen bewaffneter Regierungsanhänger.⁵³ Armee und staatliche Sicherheitskräfte griffen nicht in die Kämpfe ein. Am Morgen des 9. Mai war ganz West-Beirut unter der Kontrolle von Hisbollah, Amal und anderen bewaffneten Gruppen des Oppositionslagers, prominente Regierungspolitiker wie Walid Jumblat und Saad Hariri waren umzingelt. Die von der regierenden Future-Bewegung betriebenen Medien wurden beschossen und zur Einstellung des Betriebes gezwungen, die Büros teilweise verwüstet. Bereits am Abend begannen die Oppositionsmilizen mit einem partiellen Rückzug aus zentralen Vierteln, in denen statt dessen die Armee Position bezog.

52 Für ein Porträt der Aoun-Bewegung siehe Heiko Wimmen, „Rallying around the Renegade“, Middle East Report Online, 27/08/2007; <http://www.merip.org/mero/mero082707.html>.

53 Die Regierungsseite bestreitet dass es sich um eine Miliz im Wortsinne gehandelt hat und spricht von „Bürgern die ihre Häuser verteidigt haben“. Siehe dazu Borzou Daragahi and Raed Rafei, „Lebanon's Sunni Bloc Built Militia, Officials Say“, Los Angeles Times, 12/05/2008, <http://www.latimes.com/news/nationworld/world/la-fg-security12-2008may12.0.6458359.story>.

Am folgenden Wochenende kam es zu weiteren heftigen Kämpfen zwischen Regierungs- und Oppositionsanhängern in der Bekaa-Ebene, im Norden und im schiitisch-drusisch besiedelten Bergland am Südostrand der Hauptstadt. Mit Ausnahme der Hariri-Hochburg Tripoli endeten alle diese Auseinandersetzungen mit eindeutigen Niederlagen des Regierungslagers. Die Bilanz des Schreckens belief sich auf mehr als 80 Tote und 250 Verletzte.⁵⁴

Begrenzt positiv erscheint, dass die vielfach beschworenen Schreckensszenarien eines unkontrollierbaren schiitisch-sunnitischen Konflikts bislang nicht eingetreten sind. In Stadtvierteln, wo Schiiten und Sunniten dicht an dicht wohnen, haben die schiitisch geprägten Gruppierungen Hisbollah und Amal die politische und militärische Präsenz der sunnitisch geprägten Future-Bewegung gewaltsam beseitigt und teilweise auch als Future-Aktivisten bekannte Bewohner durch Drohungen zum Verlassen des Viertels gezwungen. Augenzeugen berichten von Übergriffen gegen unbeteiligte Anwohner in der Folge der Ereignisse; viele sunnitische Bewohner fühlten sich durch die fortdauernde Präsenz dieser Gruppen bedroht und flüchteten sich in andere Stadtteile. Es ist jedoch bislang nicht zu systematischen Gewaltakten oder Vertreibungen gekommen, die erkennbar vornehmlich durch die konfessionelle Identität der Opfer motiviert waren.

Neue Machtbalance

Es bleibt unklar, welche Motive die Regierungskoalition bewegt hatten, die strittigen Entscheidungen genau zu diesem Zeitpunkt zu fällen, zumal die Um-

setzbarkeit bezweifelt werden muss.⁵⁵ Umgekehrt betrachtete Hisbollah in ihrer eigenen Darstellung die strittigen Kabinettsbeschlüsse lediglich als Auftakt zu weitergehenden, auf die Beseitigung ihrer militärischen Strukturen abzielenden Forderungen und sah sich daher veranlasst, mit aller Macht dagegen aufzutreten. Ebenso dürfte es aber auch darum gegangen sein, die politischen Gewichte zu den eigenen Gunsten zu verschieben und eine vorteilhafte Lösung des andauernden politischen Konflikts zu erreichen, bevor der fortgesetzte Aufbau von bewaffneten Einheiten auf Regierungsseite tatsächlich zur Entstehung einer schlagfähigen Miliz führen konnte.

Durch die rasche Übergabe ihrer Positionen an die Armee nahmen Hisbollah und Amal taktisch geschickt dem Vorwurf eines Staatsstreiches viel Wind aus den Segeln. Trotzdem hat sich das Gleichgewicht der Kräfte im ungelösten politischen Konflikt zumindest zeitweilig verschoben. Der Rolle der Armee kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu: Nominell haben die Streitkräfte während des Konfliktes Neutralität gewahrt, nach offizieller Darstellung aus Furcht vor Loyalitätskonflikten bis hin zu einer möglichen Spaltung. Das bedeutet jedoch auch, dass der militärisch eindeutig überlegenen Seite – Hisbollah und Amal – faktisch freie Hand gewährt wurde. Mit der Übernahme der Kontrolle von Stadtteilen, in denen sich Regierungsanhänger der Übermacht ergeben hatten, hielt die Armee den Oppositionskräften den Rücken frei für weitere Angriffe an anderer Stelle und geriet in gefährliche Nähe zu einer unfreiwilligen Unterstützerrolle.

⁵⁵ Für detaillierte Darstellungen der möglichen Beweggründe und der Entscheidungen selbst siehe Heiko Wimmen, Lebanon Pulls back from the Abyss, hbs Büro Beirut, 30/05/2008, <http://www.boellmeo.org/en/web/569.htm>; International Crisis Group: Lebanon: Hizbullah's Weapons Turn Inward, 15/05/2008,

⁵⁴ Reuters, 14/05/2008.

Aus Sicht der bedrängten Regierung blieb die alles entscheidende Frage, ob die Armee und die staatlichen Sicherheitskräfte bereit und in der Lage sein würden, die Autonomie der politischen und staatlichen Institutionen zu verteidigen, falls Kompromissbemühungen scheitern und Hisbollah und Amal zur Durchsetzung ihrer Forderungen erneuten militärischen Druck ausüben würden. Angesichts des Verhaltens der Armee in dem Konflikt schien darauf wenig Verlass. Entsprechend beinhaltete der schließlich mit Hilfe arabischer Vermittlung zunächst in Beirut und dann in der katarischen Hauptstadt Doha ausgehandelte Kompromiss nicht nur eine vollständige Rücknahme der strittigen Entscheidungen, sondern kam den Forderungen der Opposition auch in allen anderen Streitpunkten weit entgegen. Im Interview mit der pro-saudischen Tageszeitung Al-Hayat bewertete der ehemalige Nahost-Sondergesandte Dennis Ross das Doha-Abkommen als „Katastrophe für Washington“, da es „Hisbollah politische Macht in noch nicht da gewesener Form“ verleihe.⁵⁶

Ausgleich oder Atempause?

Mit dem Abkommen von Doha und der unmittelbar nachfolgenden Wahl von Armeechef Michel Suleiman zum Präsidenten hat der Libanon eine Atempause gewonnen und den unmittelbaren Konflikt vorerst entschärft. Der eigentliche Gegensatz um gegensätzliche außenpolitische Orientierungen ist damit jedoch so wenig gelöst wie das zentrale Problem der Waffen der Hisbollah. Ohne eine Auflösung der regionalen Konfliktkonstellationen wird auch der Libanon stets latent von Instabilität bedroht bleiben. Viel wäre ge-

http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east_north_africa/b23_lebanon_Hizbullahs_weapons_turn_inward.pdf.

wonnen, wenn die Protagonisten dieser Konflikte sich darauf verständigen könnten, das Land nicht länger als Schauplatz ihrer Gegensätze zu missbrauchen. In diesem Falle würden auch die lokalen Akteure mit hoher Wahrscheinlichkeit von ihren Maximalpositionen abgehen und zu den eingeübten Ritualen mühsamer und schrittweiser Kompromissuche zurückkehren.

Länderbericht Irak

Neue Irakstrategie: Pandoras Box?

Fünf Jahre nach Kriegsbeginn scheint die schlimmste Phase des irakischen Bürgerkriegs vorbei zu sein. Der Gewaltpegel entsprach zu Beginn des Jahres 2008 in etwa dem Niveau des Jahres 2005.⁵⁷ Über die Frage, ob sich die gegenwärtige relative Verbesserung der Sicherheitslage dauerhaft aufrechterhalten lässt, herrscht jedoch Skepsis. Eine Reihe erneuter und verheerender Angriffe sowie die Gefechte zwischen der irakischen Armee und Milizen in Mossul⁵⁸ seit Januar 2008 und jüngst mit der Mahdi-Armee in Basra und Sadr-City⁵⁹ dienen als Erinnerung daran, dass das Potenzial für Rückfälle immer noch sehr hoch ist und der Eintritt in eine zweite Etappe des Bürgerkriegs nicht ausgeschlossen werden kann.

56 Al-Hayat, 24/05/2008, http://www.daralhayat.com/world_news/05-2008/Item-20080523-173c020d-c0a8-10ed-01e2-5c739aa1b0c7/story.html, Arabisch.

57 Guido Steinberg, Trägt die neue Strategie im Irak? Anhaltender politischer Stillstand gefährdet die Erfolge bei der Aufstandsbekämpfung, SWP Aktuell 9, Januar 2008, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4671.

58 Siehe für Hintergründe Sami Moubayed, „Muck and Menace in Mali-ki’s Iraq“, Asia Times Online, 22/06/2008, http://atimes.com/atimes/Middle_East/JE22Ak01.html.

59 Siehe Tom Engelhardt, „Descending into Madness in Iraq“, Middle East Online, 06/05/2008, <http://www.middle-east-online.com/english/opinion/?id=25735>.

Im Januar 2007, nach einer einjährigen Phase der völlig außer Kontrolle geratenen ethno-konfessionellen Gewalt im Irak, kündigte die Bush-Regierung in Washington ihre surge-Strategie an, eine Truppenaufstockung um zusätzliche 21.500 Soldaten innerhalb von neun Monaten. Der Regierungserklärung zufolge sollten diese vor allem Recht und Ordnung in Bagdad wieder herstellen und damit der irakischen Regierung eine Atempause gewähren.⁶⁰

Infolge rasch gedämpfter Hoffnungen, dass die Truppenaufstockung von politischen Fortschritten begleitet werden würde und zunehmender Verluste unter den Besatzungstruppen, ging die Bush-Regierung gegen Mitte des Jahres 2007 zu einem bottom-up Ansatz über.⁶¹ Dieser bestand in der Annäherung an sunnitische Gruppierungen, die seit einiger Zeit begonnen hatten, sich al-Qaida entgegenzustellen. Die Schaffung sunnitischer, von den Amerikanern bezahlter Proto-Milizen und die Kooptation sunnitischer Rebellen konnten entscheidend zur Schwächung von al-Qaida in Bagdad sowie in den Anbar- und Diyala-Provinzen beitragen.

Der seit dem letzten Quartal des Jahres 2007 zu verzeichnende Rückgang der Gewalt in Bagdad wird maßgeblich dem „Einfrieren“ der Aktivitäten der schiitischen Mahdi-Armee zugeschrieben. Die Mahdi-Armee, die für die Eskalation der ethno-konfessionellen Gewalt mitverantwortlich war und zahlreiche Angriffe auf die Besatzungstruppen verübte, wurde Ende 2006 vom amerikanischen Militär als Hauptbedrohung der internen Sicherheit im Irak iden-

tifiziert.⁶² Mit der neuen amerikanischen Irakstrategie konfrontiert, zog sich die Mahdi-Armee größtenteils aus ihrer Hochburg Sadr-City in Bagdad zurück und verlegte sich in den Südirak. Laut Berichten besteht jedoch Besorgnis in den Rängen der Mahdi-Armee über den Aufbau sunnitischer Milizen und damit starker Druck, militärische Aktivitäten wieder aufzunehmen. Zudem geriet die Mahdi-Armee in Basra in Konkurrenz mit anderen schiitischen Faktionen sowie in den vergangenen Monaten auch in verlustreiche Auseinandersetzungen mit der irakischen Armee.⁶³ Jüngsten Einschätzungen zufolge ist zu befürchten, dass die Eindämmung der Gewalt als unmittelbarster Erfolg der „surge“ womöglich mit dem Preis der langfristigen Gefährdung des Zusammenhalts des Irak bezahlt wurde. In Verbindung mit dem bottom-up-Ansatz befreite sie drei Kräfte aus Pandoras Box, die seit jeher die Stabilität der Staaten in der Region bedrohen und im Irak traditionell für wechselnde politische Agenden manipuliert werden: Tribalismus, Konfessionalismus, und Warlordism.⁶⁴

Zum einen hat der Verlass auf tribale Anführer, der sich als Kernstück der amerikanischen Anti-Aufstands-Strategie herausgestellt hat, weite Gebiete des Irak zurück unter mehr oder weniger willkürliche Herrschaftsformen gebracht, die langfristige Demokratisierungsbemühungen zerschlagen können. Es ist zu befürchten, dass kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen auf lange Sicht erneut Konflikt säen. Viele Sunniten bleiben weiter skeptisch ob die neue amerikanische Strategie tatsächlich auf eine besser ausgewogene Verteilung der politischen Macht abzielt

60 Angesichts des Scheiterns der Maliki-Regierung in der Aussöhnungsfrage, wurde in offiziellen Dokumenten und Reden amerikanischer Funktionäre der Begriff „reconciliation“ zunehmend durch „accommodation“ ersetzt. Siehe ICG, Iraq after the Surge II: The Need for a New Political Strategy, Crisis Group Middle East Report Nr. 75, 30/04/2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5418>.

61 Steven Simon, „The Price of the Surge“.

62 Patrick Jackson, „Who are Iraq’s Mahdi Army?“ BBC, 30/05/2007, http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/3604393.stm.

63 Siehe für Hintergründe Sami Moubayed, „Amargeddon in Sadr City“, Asia Times Online, 02/05/2008, http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/JE02Ak01.html.

64 Steven Simon, „The Price of the Surge“.

oder aber vornehmlich kurzfristigen taktischen Erwägungen folgt. Zu bezweifeln bleibt daher, ob der sunnitische Widerstand wirklich dauerhaft eingedämmt werden kann, und inwieweit sich die „Erwachungsräte“ loyal zu einem Staat und einer Regierung verhalten werden, von der sie sich weiterhin ausgeschlossen fühlen und die sie als feindlich einstufen. Sie sind eine taktische Allianz eingegangen, um ihre direkten und zentralen Feinde (al-Qaida und Iran) zu bekämpfen. Dieser pragmatische Schulterschluss bezieht die Amerikaner ein, nicht jedoch die irakische Regierung: “It risks unravelling if the ruling parties do not agree to greater power sharing and if Sunni Arabs become convinced the U.S. is not prepared to side with them against Iran or its perceived proxies; at that point, confronting the greater foe (Shiite militias or the Shiite-dominated government) once again will take precedence.”⁶⁵

Darüber hinaus hat die Stärkung tribaler Verbände und bewaffneter Gruppierungen zur Ausbreitung von Kriegsherren- und Bandentum geführt. Die Besoldung von rund 91.000 Kämpfern durch die Amerikaner und der Profit, den einzelne Stammesführer daraus schlagen, während andere sich von dieser neuen Ressource ausgeschlossen sehen, bergen Konfliktpotential. In Basra und weiten Teilen des Südens werden die Rivalitäten zwischen verschiedenen lokalen Schiiten-Milizen und mit den aus Bagdad verlegten Einheiten der Mahdi-Armee derweil durch die Veruntreuung und den Verkauf von Rohöl angeheizt.

Der jüngste ICG-Bericht prognostiziert, dass der ethno-konfessionalistische Bürgerkrieg von 2005 bis 2007 von einem anhaltenden Kampf abgelöst wird,

65 ICG, Iraq After the Surge I: The New Sunni Landscape, Crisis Group Middle East Report Nr. 74, 30/04/2008,

der von ständig wechselnden Allianzen und der Zunahme *intra*kommunaler Konflikte charakterisiert wird, neben denjenigen, die weiterhin zwischen den verschiedenen Gemeinschaften ausgetragen werden.⁶⁶

Was nach der „Welle“ bleibt

Zunehmende Kriegsmüdigkeit in den USA macht einen substanziellen Truppenabzug in der näheren Zukunft wahrscheinlich. Eine substantielle Debatte über die Grundlagen für legitime staatliche Institutionen fehlt jedoch.

Derzeit erscheint die Situation als höchst fragil, die Sicherheitsgewinne potentiell reversibel. Ein weiterer Zerfall des Landes könnte Sezessionsbestrebungen der Kurden in der Türkei, in Syrien und im Iran ermutigen. Die anhaltenden Interventionen der Türkei an der Grenze zum irakischen Kurdistan bereiten den Boden für grenzüberschreitende Eskalationen. Die Gegner der aus schiitischen und kurdischen Parteien zusammengesetzten Regierungskoalition sind weiterhin stark. Auch mit amerikanischer Unterstützung ist sie kaum in der Lage, die Mahdi-Armee vollends auszuschalten. Ihre säkularen Gegenspieler im Umfeld des ehemaligen Premierministers der Interimsregierung Ayad Allawi sowie die sunnitischen Parteien werfen ihr abwechselnd vor, als amerikanische oder iranische Marionette zu agieren.⁶⁷

Die verbreitete und von der Bush-Regierung propagierte Wahrnehmung, dass die Truppenaufstockung die Beendigung des irakischen Bürgerkriegs näher und den politischen Prozess vorangebracht habe,

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5415>.

66 ICG, Iraq after the Surge II: The Need for a New Political Strategy.

erscheint daher fehlgeleitet: „Unfortunately, such claims misconstrue the causes of the recent fall in violence and, more important, ignore a fatal flaw in the strategy. The surge has changed the situation not by itself but only in conjunction with several other developments: the grim successes of ethnic cleansing, the tactical quiescence of Shiite militias, and a series of deals between U.S. forces and Sunni tribes that constitute a new bottom-up approach to pacifying Iraq. The problem is that this strategy to reduce violence is not linked to any sustainable plan for building a viable Iraqi state. If anything, it has made such an outcome less likely, by stoking the revanchist fantasies of Sunni tribes and pitting them against the central government and against one another. In other words, the recent short-term gains have come at the expense of the long-term goal of a stable, unitary Iraq".⁶⁸

Viel wird davon abhängen, inwieweit die Phase des Gewaltrückgangs genutzt werden kann, die irakische Regierung dazu zu bewegen, einen politischen Kompromiss und eine ausgewogene Machtverteilung auszuhandeln. Beide stehen nach wie vor in weiter Ferne und bei keinem der Kernstreitpunkte ist ein Durchbruch festzustellen: Es besteht weiterhin grundlegender Dissens über die Föderalismusfrage. Fortschritte konnten weder bei der Reintegration ehemaliger Baathisten⁶⁹ noch in der Einigung zur fairen Implementierung der diesjährigen Provinzwahlen verzeichnet werden. Im Februar 2008 konnte ein Gesetz zur

67 Guido Steinberg, "Why Germany Needs an Iraq Policy", Spiegel Online, 12/05/2008.

<http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,552585,00.html>.

68 Steven Simon, "The Price of the Surge".

69 Zwar wurde im Januar 2008 das Supreme National Commission for Accountability and Justice Law zur Reform der CPA-Anordnungen von 2003 verabschiedet; das neue Gesetz weist jedoch seinerseits so viele strittige Punkte auf, dass eher von einer Fortführung denn Reform der Debaathifizierung die Rede ist. Siehe ICG, Iraq after the Surge II: The Need for a New Political Strategy, S. 21.

Amnestie inhaftierter Rebellen verabschiedet werden, deren Integration in die Polizei und Sicherheitskräfte jedoch nicht gesichert ist. Die wiederholt gescheiterte Gesetzgebung zu den Öl- und Gasressourcen ist zentraler Zankapfel, da Ölverkäufe immerhin 95 Prozent der staatlichen Gesamteinkünfte stellen und eng mit der Frage gerechter Macht- und Ressourcenverteilung verknüpft sind. Eine Einigung über Ressourcen-Sharing könnte laut ICG für den Irak die Chance bedeuten, ungeachtet des Regierungssystems der politischen Fragmentierung entgegenzuwirken.⁷⁰ Hier sehen sich Sunniten und Schiiten gleichsam von der kurdischen Regionalregierung herausgefordert, die in Folge eines eigenen, im August 2007 verabschiedeten Ölgesetzes begonnen hat, ohne Absprache mit Bagdad Verträge an internationale Ölförderer zu vergeben. Der Verfassungsausschuss, der sich mit den Beschwerden von sunnitischer Seite beschäftigt, kommt aufgrund der politischen Stagnation kaum voran.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, die Erwa-
chungsrate und die Sadr-Bewegung in den politi-
schen Prozess einzubeziehen. Zudem müsste es
gelingen, alle maßgeblichen politischen Akteure dazu
zu bewegen, gewaltsamen Methoden abzuschwören.
Insbesondere die Zulassung und faire Durchführung
der Provinzwahlen gelten als wichtiger Test. Mit der
Hoffnung, dass die für Oktober 2008 angesetzten
Wahlen die Legitimität der Provinzräte wiederherstel-
len, eine neue Politikergeneration hervorbringen und
die politische Machtkonstellation neu durchmischen
könnten, sind diese zum ersten Punkt auf der US-
amerikanischen Prioritätenliste hochgerückt.⁷¹

70 Ibid, S. 4.

71 Bei den ersten irakischen Wahlen (Januar 2005) seit Fall des Baath-
Regimes, die die Wahl der Provinzräte beinhalteten, trug ein sunnitischer

Zu erwarten ist jedoch eher, dass die Hauptakteure versuchen werden, ihre Rivalen im Vorfeld aus dem Feld zu schlagen. Ein Indikator dafür ist die amerikanisch unterstützte Offensive der irakischen Armee in Basra im März 2008, die offiziell als ein erster Schritt zu einem entschlossenen Vorgehen der Regierung gegen das gesetzlose Milizenregime in der Stadt bezeichnet wurde. Insbesondere angesichts Muqtada al-Sadrs Verlängerung des Waffenstillstands nur einen Monat zuvor, mutete sie jedoch eher als Kampagne zur Delegitimierung der populären Sadr-Bewegung an, um ihre Beteiligung an den Provinzwahlen zu unterminieren.⁷² Mit der Fortführung der gegen die Mahdi-Armee gerichtete Offensive nach Angriffen auf die Bagdader Green Zone (vermutlich Vergeltungsschläge für die vorangegangenen Attacken in Basra) in dem verslumten Bagdader Stadtteil Sadr-City, der fast tausend Menschen und zum Großteil Zivilisten zum Opfer fielen,⁷³ hat die Regierung weitere Teile der bereits desillusionierten Bevölkerung gegen sich aufgebracht. Offensichtlich mit der Absicht zu demonstrieren, dass er seine Anhänger von nun an unter Kontrolle halten werde, erklärte Muqtada al-Sadr im Juni 2008, er plane, die Mahdi-Armee in einen auf politische Propaganda spezialisierten Flügel und einen bewaffneten Flügel zu teilen, wobei letzterer sich auf die Bekämpfung der Besatzungsarmee im Irak beschränken würde.⁷⁴

Wahlboykott zur darauf folgenden politischen und institutionellen Marginalisierung der sunnitischen Gemeinschaft bei.

72 ICG, Iraq after the Surge II: The Need for a New Political Strategy. Siehe zur populären Basis der Sadr-Bewegung Nir Rosen, „The Great Divide“, The National, 05/06/2008, <http://www.thenational.ae/article/20080605/REVIEW/708177227/1043&profile=1043>.

73 Alissa J. Rubin, „Sadrist and Iraqi Government Reach Truce Deal“, The New York Times 11/05/2008, http://www.nytimes.com/2008/05/11/world/middleeast/11iraq.html?_r=1&fta=y&oref=slogin.

Zuletzt wird es im Vorlauf eines anvisierten Truppenabzugs unvermeidlich sein, einen regionalen diplomatischen Prozess anzustoßen, damit Iran und Syrien ihren beträchtlichen Einfluss auf irakische Akteure zur Unterstützung eines Kompromisses nutzen. Charles Tripp, einer der bedeutendsten Spezialisten für die moderne Geschichte des Irak, ist jedoch skeptisch und warnt unter anderem vor den Folgen einer konfrontativen Politik gegenüber dem Iran: “Given the passions, the interests at stake and the vulnerability of Iraqi politics to regional influence and intervention, there is fragility. (...) A second phase of the civil war is easily imaginable therefore, especially if critical regional events, such as a US-Iran confrontation, are replicated through clients and protégés in Iraq.”⁷⁵

Irakische Flüchtlinge im Nirgendwo

Der Krieg löste einen gewaltigen Exodus aus.⁷⁶ Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge wurden mehr als 3,5 Millionen Iraker gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Damit befinden sich ein Fünftel aller Iraker auf der Flucht.⁷⁷ Fast ein Drittel der Flüchtlinge, etwa 1,3 Millionen, blieben im Irak. Zusammen mit einer geschätzten Zahl von etwa einer Million intern Vertriebenen (Internally Displaced People, IDPs) im Irak bereits vor Kriegsbeginn im Jahre 2003, beträgt die Gesamtzahl der IDPs rund 2,3 Millionen. Mehr als

74 Associated Press, „Sadr Reorganizes Mahdi Army“, *International Herald Tribune*, 13/06/2008,

<http://www.iht.com/articles/2008/06/13/africa/iraq-sadr.php>.

75 Charles Tripp, “Local Power in Iraq”, *Le Monde Diplomatique*, Januar 2008, <http://mondediplo.com/2008/01/02iraq>.

76 Reinoud Leenders, “When Do Refugees Bring Trouble?”, presentation at the conference The Challenges of Transformation in the Middle East, hbs/Freie Universität Berlin, Dezember 2007, siehe <http://home.medewerker.uva.nl/r.e.c.leenders/page2.html>. Für einen ausführlichen Bericht zur Situation der irakischen Flüchtlinge siehe Layla Al-Zubaidi und Heiko Wimmen, No Place Home, hbs Büro Beirut, 24/4/2008, <http://www.boell.de/internationalepolitik/internationale-politik-3923.html>.

2,2 Millionen haben den Irak verlassen. Syrien ist bis heute der wichtigste Aufnahmestaat mit mehr als 1,5 Millionen Flüchtlingen, gefolgt von Jordanien mit bis zu einer halben Million. Die beiden Staaten haben die überwältigende Mehrheit der irakischen Flüchtlinge aufgenommen.

Eine Vielzahl von Berichten und Interviews offenbart, dass ethnisch-konfessionelle „Säuberungen“ Hauptauslöser der Massenflucht waren. Zudem haben ungezügelter Kriminalität und rechtlose Milizenherrschaft das Leben vieler Iraker unmöglich gemacht. Neben Raubüberfällen und Entführungen hat die Zunahme der Zahl bewaffneter Gruppen mit rückschrittlichen Interpretationen „islamischer“ Verhaltensnormen und Werten zu Gewaltakten gegenüber Irakern geführt, deren Lebensstil ihnen als abweichend gilt. Insbesondere die urbane Mittelschicht, säkuläre Iraker und Frauen wurden damit zur Zielscheibe.⁷⁸



Iraqi refugees registering to receive support at a church in Jaramanah/Damascus; © 2007 Ghaith Abdul-Ahad.

77 UNHCR, Statistics on Displaced Iraqis around the World, Global Overview, September 2007, <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/openssl.pdf?tbl=SUBSITES&id=470387fc2>.

78 Amnesty International, Iraq - Millions in Flight: The Iraqi Refugee Crisis, September 2007,

<http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE14/041/2007>; Extraausgabe

Unabhängig von der Gewalt stellt der trostlose Alltag und weit verbreitete Deprivation einen weiteren Fluchtfaktor dar. Aufgrund der andauernden politischen Krise hat sich die Verbesserung der Sicherheitssituation bis jetzt noch nicht in einer substantiellen Verbesserung wichtiger Dienstleistungen niedergeschlagen.⁷⁹ Weitreichende Korruption lähmt das öffentliche Leben und den Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur.⁸⁰ Laut Schätzungen der Vereinten Nationen befanden sich im Jahre 2007 vier Millionen derjenigen Iraker, die nicht zu IDPs geworden sind, in einer äußerst prekären Ernährungslage. Fast fünf Millionen irakische Kinder wurden als unterernährt eingestuft. Die Arbeitslosenquote beträgt inzwischen 50 Prozent. Ein Drittel aller Iraker lebt mit einem US Dollar pro Tag unter der Armutsgrenze. Die Stromversorgung ist unregelmäßig und lähmt jede Aktivität. Die Ermordung und Vertreibung der qualifizierten Mittelschicht hat einen zusätzlichen Fluchtfaktor geschaffen, denn was an staatlichen Dienstleistungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen übrig geblieben ist, ringt nun mit dem akuten Mangel an Fachleuten.

Seit Anfang Oktober 2007 tauchten Nachrichten über die Rückkehr einer „erheblichen“ Anzahl von irakischen Flüchtlingen in verschiedenen Medien auf. Offensichtlich um ihr eigenes Image in der internationalen und besonders der amerikanischen öffentlichen Meinung zu verbessern, hat die irakische Regierung dies als erstes Zeichen einer Verbesserung der Lage im Land dargestellt und medienwirksame Bustrans-

der Forced Migration Review, Iraq's Displacement Crisis: The Search for Solutions, Juni 2007, <http://www.fmreview.org/FMRpdfs/Iraq/full.pdf>.

79 Für eine Übersicht zu Lebenshaltungskosten, Gesundheitsversorgung und Dienstleistungen siehe BBC, Life in Iraq, http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/in_depth/post_saddam_iraq/html/1.stm.

80 Walter Pincus, „Shhh... There is Corruption in Iraq.“ Washington Post, 25/06/2007, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/24/AR2007062401301.html>.

fers für Rückkehrer aus Damaskus sowie Einmalzahlungen von einer Million Dinar (rund 850 US-Dollar) initiiert.⁸¹ Im Gegensatz dazu haben internationale Organisationen wie der Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen UNHCR auf solche Medienberichte mit offiziellen Statements reagiert, die von einer Rückkehr nachdrücklich abraten. Andere Flüchtlingsorganisationen weisen darauf hin, dass viele Flüchtlinge nur deshalb zurückkehren, weil ihre Situation in den Aufnahmeländern unhaltbar geworden ist. Trotzdem überschritt Ende Januar 2008 die Anzahl der Rückkehrer aus Syrien nicht einmal 3 Prozent der Gesamtanzahl der irakischen Flüchtlinge im Land.⁸² Das Problem der rund 2,4 Millionen IDP scheint sich zu dramatisieren.⁸³ Es ist daher kaum zu erwarten, dass sich die Zahl der Flüchtlinge bald verringern wird.



Iraqi refugee men in Amman, all living and working illegally in Jordan; © 2007 Ghaith Abdul-Ahad.

Fünf Jahre nach Kriegsbeginn hat in Deutschland die Diskussion darüber begonnen, wie eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Lastenteilung in der Aufnahme irakischer Flüchtlinge aussehen könnte. Die Erklärung des deutschen Innenministers Wolfgang Schäuble (CDU) im April 2008, dass Berlin bereit sei, christliche irakische Flüchtlinge aufzunehmen, setzt falsche Signale in dem suggeriert wird, dass Christen keine Zukunft im Nahen Osten hätten, während es in Europa keinen Platz für (weitere) Muslime gäbe: „Die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen sollte daher nicht von ihrer Religionszugehörigkeit abhängig gemacht werden, sondern sich in erster Linie an der Schutzbedürftigkeit orientieren. Darüber hinaus sollten die Europäer die Arbeit des UNHCR sowie der Hauptaufnahmestaaten Syrien und Jordanien stärker unterstützen.“⁸⁴

81 Der Irakische Rote Halbmond (IRC) berichtete von 50.000 Rückkehrern aus Syrien zwischen September 2007 und Januar 2008. Siehe http://www.iraqredcrescent.org/Returnees_update_3_EN.pdf. Dem IRC zufolge wurde die versprochene Rückkehrhilfe jedoch über einen längeren Zeitraum nicht ausgezahlt, was weiter reichende Versprechungen wie Kompensation für verlorenes Eigentum unglaubwürdig erscheinen lässt.

82 „More Iraqis Heading to Syria than Returning“, Middle East Online, 06/02/2008, <http://www.middle-east-online.com/english/iraq/?id=24199>.

83 „Iraq Government Accused of Neglecting IDPs“, Middle East Online, 16/05/2008, <http://www.middle-east-online.com/english/features/?id=25948>.

84 Muriel Asseburg, „Falsche Signale in der Diskussion um Irak-Flüchtlinge“, Berliner Zeitung, 06/05/2008, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0606/meinung/0025/index.html>.

Länderbericht Syrien

Neue Repressionswelle

Im vergangenen Jahr hat das syrische Regime die seit 2006 verfolgte Taktik periodischer und exemplarischer Repression gegen Aktivisten für Reform und Meinungsfreiheit fortgesetzt. Besonders die Unterzeichner der so genannten „Damaskus-Erklärung“⁸⁵ vom Oktober 2005 und der „Beirut-Damaskus-Erklärung“⁸⁶ bleiben im Visier der Behörden. So wurden am 11. Dezember 2007 zwölf Reformaktivisten verhaftet, nachdem sie an einem Treffen des „Nationalen Komitees für die Damaskus-Erklärung“ teilgenommen hatten und am 28. Januar 2008 der „Beschädigung des Ansehens des Staates“, der „Verbreitung falscher Informationen“, der „Zugehörigkeit zu einer geheimen Organisation zur Destabilisierung des Staates“ sowie der „Aufstachelung zu ethnischen Spannungen“ angeklagt.⁸⁷

Auch elektronische Medien und die auch in Syrien wachsende Bloggergemeinde sind weiterhin zunehmender Repression ausgesetzt: So wurde der 23-jährige Blogger Tariq Biassi im Mai 2008 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt, weil er sich in einem Online-Beitrag kritisch über die syrischen

Geheimdienste geäußert hatte.⁸⁸ Im April 2008 erhielt der Schriftsteller Firas Saad eine Freiheitsstrafe von vier Jahren für einen Artikel, der sich negativ zur Position der syrischen Regierung im Konflikt zwischen Hisbollah und Israel im Sommer 2006 geäußert hatte.⁸⁹ Solche Fälle deuten darauf hin, dass die syrischen Behörden effektive Anstrengungen zur lückenlosen Überwachung elektronischer Kommunikation unternehmen.⁹⁰ Es verwundert daher kaum, dass einige Kulturschaffende die diesjährigen Festivitäten im Rahmen der „Arabischen Kulturhauptstadt 2008“ boykottieren und ein bedeutender syrischer Oppositioneller und Autor ironisch fragte: „Wie kann Damaskus arabische Kulturhauptstadt sein, wenn sie ihre Intellektuellen inhaftiert?“⁹¹

Im Gegensatz dazu zeigt sich die syrische Opposition weiterhin uneins und wenig handlungsfähig. In Syrien selbst trägt dazu die Effizienz des staatlichen Repressionsapparates bei, jedoch auch die anhaltende Furcht säkularer Oppositioneller – deren politische Sozialisation oft in marxistischen Parteien stattgefunden hat – vor einem möglichen Erstarken islamistischer Gruppen – eine Furcht, die manche Beobachter für überzogen halten: „In verblüffender intellektueller Einfalt werden da schlicht religiöse Menschen, Sufis und konservative wie moderne Kleriker in eine verborgene Basis für eine hypothetische islamistische Partei umgedeutet und angenommen, dass die Muslimbrüder die Massen hinter sich hätten, wenn sie denn nur an den Wahlen teilnehmen könnten. Während die Wahrheit ist, dass die Ereignisse der 1980er

85 Eine Deklaration, in der fünf Oppositionsgruppen (darunter zwei kurdische Parteien) sowie neun prominente Oppositionelle durchgreifende demokratische Reformen und eine neue Verfassung forderten. Die syrische Muslimbruderschaft, nominell nicht unter den Unterzeichnern, schloss sich der Erklärung vorbehaltlos an. Siehe <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2005/11/damascus-declaration-in-english.htm>.

86 Die im Mai 2006 publizierte und von ca. 300 syrischen und libanesischen Intellektuellen unterzeichnete Beirut-Damaskus-Erklärung forderte vor allem eine Verbesserung der syrisch-libanesischen Beziehungen. Siehe Rhonda Roumani, „Syria Launches Crackdown on Dissent“, *Christian Sciences Monitor*, 25/05/2006,

<http://www.csmonitor.com/2006/0525/p06s01-wome.html>.

87 Reporters without Borders, 19/02/08,

http://www.rsf.org/article.php3?id_article=25807.

88 Reporters without Borders, 14/05/08,

http://www.rsf.org/article.php3?id_article=26986.

89 Reporters without Borders, 09/04/08,

http://www.rsf.org/article.php3?id_article=26523.

90 Persönliche Kommunikation, Damaskus, Dezember 2007.

91 Yassin al-Haj Saleh, „Nichts verhindert die Inhaftierung von Intellektuellen in der arabischen Kulturhauptstadt“, *Levant News*, 21/01/2008, <http://www.thisissyria.net/2008/01/21/writers/03.html>, Arabisch.

Jahre⁹² zu einem Popularitätsverlust geführt haben von dem sich die Partei bis heute nicht erholt hat.⁹³ Auf ausländischem Parkett hat sich die im Frühjahr 2006 gebildete „Front zur Nationalen Errettung“ zwar durch öffentliche Auftritte weiter im Gespräch gehalten, ansonsten jedoch wenig politische Wirkung entfalten können. „Wer auf diese Front setzt wird sich gedulden müssen ... bis heute ist es ihr nicht gelungen, prominente Oppositionelle auf ihre Seite zu bringen“,⁹⁴ urteilt selbst die saudische Zeitung ash-Sharq Al-Awsat, die ansonsten im vergangenen Jahre wenig Freundliches über das Regime in Damaskus zu sagen hatte.

Kostspielige Reformen

Das Regime verfolgt weiterhin die seit längerem beobachtete Doppelstrategie, politische Repression mit ökonomischen Reformen zu verbinden. Weitere Schritte auf diesem Weg beinhalten ein im April 2008 verabschiedetes „Anti-Kartell“-Gesetz, mit dessen Hilfe der Wettbewerb auf dem syrischen Markt verbessert werden soll. Die Frage bleibt jedoch, in welchem Maße solche Gesetzgebung und die darin implizierten ökonomischen Ordnungsvorstellungen auch auf staatlich kontrollierte Sektoren angewendet werden und inwieweit die einzurichtende staatlich kontrollierte „Wettbewerbskommission“ in der Lage sein wird, gegen wirtschaftliche Interessen vorzugehen, die Protektion auf höchster politischer Ebene genie-

ßen. Angesichts der zweifelhaften Integrität staatlicher Institutionen und der Gerichtsbarkeit bleiben die neuen ökonomischen Spielräume ungesichert. Der Syrienexperte Joshua Landis zitiert aus einer aktuellen Ausschreibung für Investitionen in Syrien: „The proposal is being offered to sophisticated investors who could, in the worst case, afford to sustain the loss of their entire investment.“ Er schlussfolgert: „Investing in Syria is not for the faint of heart.“ Vorstellbar und angesichts vergangener Erfahrung nahe liegend erscheint eine *selektive* Anwendung der neuen Regeln, um Akteure der neuen Businesselite zu sanktionieren, die aus ihrer ökonomischen Position politische Forderungen abzuleiten wagen,⁹⁵ oder um durch populistisch motivierte, öffentlichkeitswirksame „Schauprozesse“ gegen einzelne Akteure dem öffentlichen Unmut über die ungleiche Verteilung von Kosten und Gewinn des Umstrukturierungsprozesses die Spitze zu nehmen. Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP von 2005 beobachtet eine deutliche Zunahme der Kluft zwischen Arm und Reich im Zeitraum von 1996 bis 2004.⁹⁶ Umfragen des Syrian Economic Center zufolge empfinden ca. 70 Prozent der Befragten in Damaskus eine „deutliche Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation über die vergangenen zwei Jahre“, unabhängige Beobachter schätzen die Inflationsrate für das Jahr 2007 auf bis zu 30 Prozent,⁹⁷ nicht zuletzt durch den schrittweise fortgesetzten Abbau staatlicher Subventionen. Zum Ausgleich der Teuerung wurde Anfang Mai 2008 eine 25-prozentige

92 Eine Terrorkampagne der Muslimbruderschaft gegen Institutionen des Regimes wurde von diesem zu Beginn der 80er Jahre mit einer harschen Repressionswelle beantwortet, die u.a. zur Belagerung und teilweise Zerstörung der Altstadt von Hama führte (Schätzungen über die Anzahl der Todesopfer schwanken zwischen 10.000 und 30.000) und mit der Zerschlagung der illegalen Organisationsstruktur der Bewegung endete.

93 Husam Jazmati, „Säkularismus in Syrien“, al-Hayat, 26/06/07, <http://www.daralhayat.com/opinion/ideas/06-2007/Item-20070625-6379d244-c0a8-10ed-0082-a494b0c48d0f/story.html>, Arabisch.

94 Saleh El-Qallab, „Der erhoffte Wandel in Syrien: schwierige Mission mit vielen Komplikationen“, ash-Sharq al-Awsat, 20/09/2007, Arabisch.

95 So wurde der Unternehmer und regimekritische Parlamentsabgeordnete Riyadh Seif Ende der 1990er Jahre mit offensichtlich politisch motivierten Steuerverfahren überzogen und in den Ruin getrieben.

96 Heba El Laythy and Khalid Abu-Ismaïl, Poverty in Syria: 1996-2004, UNDP Syrien, Juni 2005.

http://www.undp.org.sy/publications/national/Poverty/Poverty_In_Syria_en.pdf?phpMyAdmin=OczIuASiMipdGobrTTvqOorif0d.

97 „Wealth gap widening as inflation hits poor in Syria“, Middle East Online, 04/03/2008, <http://www.middle-east-online.com/English/?id=24623>.

Anhebung der Gehälter im öffentlichen Sektor beschlossen.⁹⁸

Regionales Pokerspiel und Friedensfühler

Syrien hat im vergangenen Jahr seine strategische Allianz mit Iran weiter vertieft und blieb in außenpolitischem Gegensatz zu den auf Isolierung Teherans ausgerichteten Bemühungen westlicher Staaten und ihrer arabischen Verbündeten. Die fortgesetzte Terrorkampagne im Libanon wird weiterhin pauschal dem Regime in Damaskus angelastet. Furcht vor dem erwarteten internationalen Tribunal zur Aufklärung dieser Verbrechen war nach Ansicht westlicher Staaten ein wesentliches Motiv für die fortdauernde syrische Einmischung im Nachbarstaat Libanon. Zumindest aus ihrem politischen Einfluss im Libanon machen die Syrer keinen Hehl mehr. So prahlte der syrische Vizepräsident Faruq ash-Sharaa im Dezember 2007 damit, Syriens politische Freunde im Libanon seien „so stark wie nie zuvor“. Das syrische Bündnis mit Iran führte zu einem scharfen innerarabischen Konflikt mit Anwärtern auf regionale Führungsrollen wie Ägypten und Saudi-Arabien.

Trotzdem war Syrien seltener Ziel politischer Sanktionen als Iran. Europäische und amerikanische diplomatische Bemühungen konzentrierten sich darauf, „Syrien aus der iranischen Umarmung herauszulösen.“⁹⁹ Syrische Kooperation bei der Stabilisierung der Maliki-Regierung im Irak, die Einladung zur Nahostfriedenskonferenz in Annapolis und anschließende Kontakte zum französischen Präsidenten sowie die unerwartete westliche Unterstützung für den von Sy-

rien bevorzugten libanesischen Präsidentschaftskandidaten Michel Suleiman markierten Versuche, Syrien zu Kooperation zu bewegen.¹⁰⁰ Parallel sah sich Damaskus ernsthaften Bedrohungen gegenüber: ein israelischer Luftangriff auf eine militärische Installation im Nordosten im September 2007 sowie umfangreiche israelische Manöver an der Grenze zu Syrien im April 2008. Eine weitere Verschärfung der Krise im Libanon, zwischen Israel und Hisbollah sowie Israel und Hamas hätte verschärfte Sanktionen gegen Syrien nach sich ziehen können.

Derzeit erscheint es, als könne sich das Pokerspiel des Assad-Regimes auszahlen. So kommt das in Doha ausgehandelte Abkommen der libanesischen Konfliktparteien den Interessen Syriens und seiner libanesischen Bündnispartner weit entgegen, markiert damit einen deutlichen Rückschlag vor allem für die saudische Diplomatie und verbesserte Syriens Position gegenüber europäischen Partnerländern.¹⁰¹ Nahezu zeitgleich wurden neue, indirekte Friedensverhandlungen mit Israel über türkische Vermittlung bekannt, in deren Rahmen der israelische Premierminister Ehud Olmert „schmerzhaftes Zugeständnisse“ ankündigte. In Israel stieß die Nachricht auf Skepsis und wurde vielfach als taktisches Manöver gewertet, mit dem Olmert von laufenden Korruptionsermittlungen und den festgefahrenen Verhandlungen mit den Palästinensern abzulenken versuche.¹⁰² Die eindeutig ablehnende Einstellung der großen Mehrheit der israelischen Bevölkerung zu territorialen Konzessionen

98 „Syria raises wages by 25 percent over high prices“, Middle East Online, 03/05/08, <http://www.middle-east-online.com/english/syria/?id=25713>.

99 Persönliche Kommunikationen mit außenpolitischen Experten des Auswärtigen Amtes in Berlin und Beirut, Mai und November 2007.
100 Sami Moubayed, „What the Syrians got from Annapolis“, hbs Dossier - Middle East Conference in Annapolis, 2007, http://www.boell.de/alt/en/05_world/5480.html.

101 „Sarkozy to Upgrade Relations with Syria for its Lebanon Role“, Naharnet, 29/05/2008, <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&E4929CDD6C5D2413C225745800501494>.

102 Akiva Eldar, „Once again, Syria first“, Haaretz, 23/05/2008, <http://www.haaretz.com/hasen/pages/985878.html>.

am Golan¹⁰³ wirft die Frage auf, wie die politisch fragile Regierung Olmert einen möglichen Kompromiss durchzusetzen gedenkt. Auch syrische Beobachter reagieren zurückhaltend.¹⁰⁴ Allein die Tatsache, dass die israelische Regierung statt auf Konfrontation auf Verhandlungen setzt, vermittelt jedoch den Eindruck, dass die syrische außenpolitische Strategie bei allen damit verbunden Risiken aufzugehen scheint.

Ausblick

In der Bilanz konnten im vergangenen Jahr trotz einer vorläufigen Entschärfung der Krise im Libanon und erhöhter Sicherheit im Irak kaum langfristige Verbesserungen in den Konflikten der Region erreicht werden.

In dem Bestreben, Iran von der Fortführung seines nuklearen Anreicherungsprogramms abzubringen und zur Kooperation mit der IAEA zu bewegen, sind keine Erfolge zu verzeichnen. Den USA ist es weder gelungen, ihre Partnerschaften dazu zu nutzen, eine einheitliche politische Front gegen Teheran aufzubauen, noch iranische Bestrebungen einzugrenzen, sich weiter als Regionalmacht zu etablieren sowie Einfluss auf arabische Akteure im Irak, Syrien, Palästina und im Libanon auszuüben. Auf den zentralen Konfliktschauplätzen in der Region sind keine entscheidenden Durchbrüche erfolgt.

Die Spaltung der politischen Strukturen in Palästina hat den ohnehin angeschlagenen Friedensprozess

noch stärker gefährdet. Die Hamas konnte ihr Potenzial zu Raketenangriffen auf Israel ausbauen und verfügt damit über die Mittel, Friedensgespräche zu torpedieren. Der offene Machtkampf im Libanon beendete Monate des zermürbenden Patts zwischen beiden Lagern. Mit dem Abkommen von Doha und der unmittelbar nachfolgenden Wahl des Präsidenten konnte der unmittelbare Konflikt entschärft werden, die außenpolitischen Orientierungen sind jedoch nach wie vor unvereinbar. Durch die nachhaltige Verschiebung der Machtbalance ist eine Entwaffnung der Hisbollah auf absehbare Zeit undenkbar und die Verwicklung in benachbarte Konflikte droht weiterhin. Im Irak konnten lediglich potenziell reversible Verbesserungen der Sicherheitssituation erreicht werden. Weder ist der Einfluss des Iran auf schiitische Gruppierungen im Irak gebannt, noch haben sich die Aussichten auf den Aufbau demokratisch legitimierter staatlicher Institutionen wesentlich verbessert. Womöglich haben sie sich durch die Kooptierung unberechenbarer substaatlicher Akteure sogar verschlechtert. Gleichzeitig bleiben repräsentative Gruppen aus dem politischen Prozess und der Verhandlung strittiger und für die zukünftige Verfassung des irakischen Staats grundlegender Fragen ausgeschlossen. Auf lange Sicht wird Stabilisierung kaum zu erreichen sein, wenn lokale Konflikte weiterhin als Arenen für den regionalen und internationalen Wettkampf um Hegemonie erhalten.

Die Entwicklungen im Zeitraum 2007/2008 haben deutlich zu Tage treten lassen, dass das Herausdrängen populärer und politisch einflussreicher Organisationen (Hamas, Hisbollah und andere islamistische Parteien; Sadr-Bewegung) aus dem politischen Prozess destruktiv ist, will man ernsthaft an nachhaltigen und von der arabischen Öffentlichkeit mitgetra-

103 Lily Galili, "Poll: More Israelis Object to Golan Accord than to Jerusalem Deal", Haaretz, 22/05/2008,

<http://www.haaretz.com/hasen/spages/985866.html>.

104 Sami Moubayed, "Syria's Misguided Optimism", Newsweek/Washington Post, 23/05/2008,

http://newsweek.washingtonpost.com/postglobal/sami_moubayed/2008/05/syrias_misguided_optimism.html.

genen Lösungen für die Konflikte der Region arbeiten. Ein positives Signal hat die durch Katar und die arabische Liga vermittelte Vereinbarung zwischen den libanesischen Konfliktparteien in Doha gesetzt.

Das vergangene Jahr hat zudem gezeigt, dass eine Demokratieförderung, die sich vor allem auf die Entwicklung von Zivilgesellschaften, freie Medien und Wahlreform stützt, zunehmend an ihre Grenzen stößt. Demokratieförderer müssen sich daher mit der Erkenntnis auseinandersetzen, dass autoritäre arabische Regierungen weniger starr sind als bisher angenommen. Angesichts des fortschreitenden Rückgangs des Demokratiediskurses und des repressiven Vorgehens politischer Eliten gegenüber Oppositionellen, Reformern und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie in Ägypten, Syrien und Jordanien, sollten politische Gespräche und entwicklungspolitische Kooperationen mit arabischen Regierungen einen energischeren Rückhalt für solche Personen beinhalten. Zudem werden Demokratisierungsbemühungen nur dann Aussichten haben, wenn sie stärker als zuvor soziale Reformen mit politischen verknüpfen. Gerade die Absicherung derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die auf Veränderung drängen (Studenten, Jugendliche, Arbeiter, städtische Mittel- und Unterschichten), ist im Zuge erodierender Sozialpolitiken gefährdet. Die Verbindung vom Zugang zu sozialen Dienstleistungen, Arbeitsmärkten, Bildung und Gesundheit mit politischer Reform im Sinne einer „social citizenship“, werden in einem sinnvollen politischen Dialog mit der arabischen Welt zunehmend an Wert gewinnen.